



Forderungen zur Abgeordnetenhauswahl 2026

*Gemeinsame Position vom Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. (AGV 4B), Verband für Arbeit, Bildung und Integration Berlin/Brandenburg e. V. (V-ABI) und dem ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg*

Sozialen Frieden sichern!

Sozialer Frieden ist eine zentrale Voraussetzung für eine stabile und demokratische Gesellschaft. Er entsteht dort, wo Menschen vor Armut geschützt sind, gesellschaftlich teilhaben können und Perspektiven auf gute Arbeit haben. Armutsbekämpfung gelingt vor allem durch stabile soziale Beratung und Unterstützung beim Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung.

Die Teilhabe an Erwerbsarbeit muss gewährleistet werden, da sie ein zentraler Baustein für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Gerechtigkeit ist. Arbeit hat nicht nur eine ökonomische Bedeutung, sondern gibt Menschen auch Identität, soziale Integration und Selbstwertgefühl.

Daher fordern wir im Hinblick auf die neue Legislaturperiode nach der Abgeordnetenhauswahl 2026:

1) Gute Arbeit für alle

Der Grundsatz „Gute Arbeit“, zu dem sich der Berliner Senat bekennt, muss fortgeführt und gestärkt werden. Gute Arbeit bedeutet faire Bezahlung, Gleichstellung und sichere Beschäftigungsperspektiven für die Menschen. Gute Arbeit wirkt zudem langfristig gegen Altersarmut.

Für junge Menschen und Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, müssen Zugänge zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung nachhaltig verbessert werden. Gleichzeitig brauchen auch die Träger gute und sichere Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten. Dazu gehören eine auskömmliche und verlässliche Refinanzierung auf dem Niveau des Flächentarifvertrags TV-L, damit u. a. tarifliche Entwicklungen vollständig berücksichtigt werden und bei den Beschäftigten ankommen.

Gleichstellung ist dabei ein zentraler Bestandteil guter Arbeit: Arbeitsmarktpolitische Angebote für Frauen müssen bedarfsgerecht finanziert sowie quantitativ und strukturell abgesichert werden. Entgeltgleichheit bei gleicher Arbeit ist konsequent umzusetzen und das Entgelttransparenzgesetz muss erweitert werden, um Frauenarmut wirksam zu bekämpfen.

2) Verlässlichkeit und Planbarkeit

Die Träger im Bereich der Beschäftigung, Bildung, Beratung und Integration verstehen sich als Sozialdienstleister in der Gesellschaft, die auf vielfältige Weise zur Stärkung des sozialen Miteinanders beitragen. Damit ihre Arbeit wirksam bleibt, müssen die bestehenden Strukturen nachhaltig gesichert, langfristig finanziert und von übermäßiger Bürokratie entlastet werden. Nur so können die Träger flexibel auf die jeweiligen regionalen Problemlagen reagieren und den Menschen individuelle, kontinuierliche Perspektiven auf Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung eröffnen.

Zuwendungsbescheide sollten frühzeitig erteilt werden, um Ressourcenabbau (Personal, Räumlichkeiten etc.) zu vermeiden und das Vertrauen in das Verwaltungshandeln zu stärken. Finanzielle Unsicherheiten und Kürzungen bedeuten nicht, dass „nur“ weniger Angebote organisiert werden können, sondern dass Strukturen ganz wegbrechen, die später nicht in der entsprechenden Qualität und Fachkompetenz wieder reaktiviert werden können.

Planungssicherheit bedeutet auch, notwendige Weiterentwicklungen zu ermöglichen, z. B. im Hinblick auf gesellschaftliche Transformationsprozesse wie Digitalisierung und Klimaschutz. Die kontinuierliche Qualifizierung von Fachkräften muss gesichert und finanziert werden.

Für Menschen, die die Angebote nutzen, sind Kontinuität und verlässliche Perspektiven von zentraler Bedeutung. Dafür braucht es für die Träger eine Entbürokratisierung der Zuwendungsverfahren und langfristige Projektbewilligungen.

3) Landesprogramme weiterentwickeln und stärken

Berlin verfügt über wichtige arbeitsmarkt- und bildungspolitische Programme, die Perspektiven für Menschen schaffen, die zur Integration in den Arbeitsmarkt besondere Unterstützung benötigen. Bewährte Instrumente und Programme müssen erhalten, langfristig gesichert und weiterentwickelt werden.

Besonders hervorzuheben sind Programme, die ganzheitliche Integration fördern, wie Soziale Betriebe mit ihrem wirtschaftsnahen Ansatz, das Berliner JobCoaching, Beschäftigung in Berlin sowie Angebote der Erwachsenenbildung.

Der AGV 4B, V-ABI und ver.di unterstützen zudem ausdrücklich die Forderungen des [Bündnis Soziales Berlin](#) zur Stärkung sozialer Infrastruktur und zur Sicherung sozialer Teilhabe in der Stadt.

Kontakt: Geschäftsstelle V-ABI

Maria Klamet – maria.klamet@v-abi.de – 0162 24 54 658